

Τετάρτη

PR2
28.12.2012

Konstantin Simitis

Die europäische Schuldenkrise – eine Gesamtlösung ist notwendig

Die Defizite Griechenlands sind keineswegs der ausschließliche Grund für die heutige Krise der Eurozone, wie so oft, wider besseres Wissen, betont wird. Die Schulden entstanden eben nicht allein durch maßlose Verschwendung. Hierfür gibt es durchaus auch andere Gründe, wie allein schon das Beispiel Spaniens illustriert. Spanien durchläuft heute ebenfalls eine Krise, obwohl es keine Defizite oberhalb der 3%-Grenze des BIP aufwies und eine staatliche Verschuldung hatte, die 2006 lediglich 31% des BIP ausmachte. Auslöser der Krise waren die unbedachte Entwicklung der Bautätigkeit, der Zusammenbruch der Immobilienpreise, das Unvermögen der Banken die gewährten Kredite einzutreiben, sowie die letztendlich unvermeidliche Intervention des Staates zur Rettung der Banken und zur Eindämmung der Krisenfolgen.

Die Diskrepanz des Wachstumsniveaus zwischen dem Norden und dem Süden, die geringere Wettbewerbsfähigkeit der Staaten der Peripherie der Union sowie die großen Defizite ihrer Außenhandelsbilanzen sind weitaus ernstere Gründe für die zunehmenden Schulden der Staaten des Südens als die administrative Unfähigkeit ihrer Regierenden. Zwischen 2000 und 2007 war das durchschnittliche Jahresdefizit der Handelsbilanz Griechenlands 8,4% des BIP und das entsprechende Defizit Portugals 9,4%, während der Überschuss Deutschlands bei 3,2% und Hollands bei 5,4% lag. Um dieses Defizit decken zu können, sind die Staaten der Peripherie gezwungen, immer mehr Kredite aufzunehmen. Der Anstieg ihrer Staatsschulden ist der Preis dafür.

Entscheidend hat dazu der einheitliche Zins beigetragen, der in der Union wegen der gemeinsamen Währung eingeführt wurde. Der Zins, der früher in Griechenland vor der Währungsunion um die 15-20% betrug, sank auf 5%. Die Nachfrage nach Darlehen stieg steil an. Die Banken aller Unionsländer beteiligten sich am Geschäft, ohne zu beachten, dass sie die Sicherheitsgrenze bei weitem überschritten. Eine europäische Aufsichtsbehörde, die eingreifen konnte, gab es nicht, obwohl eine gemeinsame Währung und eine gemeinsame Zentralbank bestanden. Erst 2012 sah man ein, dass es eine Aufsichtsbehörde für die Banken des gesamten Raums der Eurozone geben müsse.

Diese Entwicklung war von den Begründern der WWU nicht vorhergesehen worden. Sie glaubten, der freie Kapitalverkehr sowie der Binnenmarkt garantierten, dank der niedrigeren Arbeitskosten der Staaten der Peripherie, Investitionen und könnten somit das Gefälle zu den entwickelten Staaten progressiv verringern. Sie übersahen aber dabei, dass sich der Konvergenzprozess nicht innerhalb weniger Jahre abschließen lässt. Auch meinten sie, dass die Überschreitung einer tolerablen Defizitgrenze der Zahlungsbilanz der Peripherie-Länder dazu führen würde, die Finanzierung der Importe durch die Banken auszusetzen.

Die geringe Leistungsfähigkeit der staatlichen Verwaltungen war Anlass für die Behauptung, dass Griechenland, ebenso wie andere Staaten der Peripherie der WWU nicht hätten beitreten dürfen. Die WWU ist jedoch kein Club hochentwickelter Staaten, vielmehr eine Entwicklungsstufe der Union zur Förderung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit ihrer Mitglieder. Sie soll dazu verhelfen, Beziehungen aufzubauen, die gemeinsame Wachstumsbemühungen stärken, schrittweise die

Konvergenz der Wirtschaften fördern und eine bessere Nutzung der Chancen erlauben, welche durch die Abschaffung der Grenzen und die gemeinsamen Ziele geboten werden. Sie ist mit anderen Worten der gemeinsame Fortschrittsplan. Konsequenterweise muss sie in ihre Ausgestaltung sowohl die Stärkeren mit all ihren Möglichkeiten, wie auch die Schwächeren mit ihren Unzulänglichkeiten einbeziehen können. Ein konkreter Plan ist deshalb dringend erforderlich, der die Ungleichgewichte berücksichtigt sowie die Tatsache bewertet, dass die entwickelten Staaten nicht nur belastet werden, sondern dank ihrer Finanzdienstleistungen und ihrer Exporte durchaus erhebliche Gewinne erzielen.

Das politische, wirtschaftliche und soziale Netzwerk, das durch den bis zum heutigen Zeitpunkt gemeinsamen Kurs entstanden ist, stellt eine enorme Investition an Ideen, Kapital und Arbeit dar, die keiner der Mitgliedsstaaten ignorieren kann, ohne einen beträchtlichen Preis dafür zu zahlen. Die Auswirkungen einer Spaltung der WWU lassen sich nicht berechnen. Sie würden auch für die äußerst negativ ausfallen, die womöglich meinen, die WWU diene nicht vollständig ihren wirtschaftlichen Interessen. Kurzum, alle Staaten würden um ein Vielfaches herabgestuft werden und zwar sowohl im Hinblick auf ihre politische Resonanz als auch im Hinblick auf ihre wirtschaftlichen Möglichkeiten.

Solidarität ist ein Begriff, der gewissen Ländern der Union nicht genehm ist. Sie verbinden mit ihm eine Interpretation, die sich ganz auf die Notwendigkeit konzentriert, jene Länder zu unterstützen, welche ihre Verpflichtungen nicht einhalten. Doch die Realität zwingt zu einem gegenseitigen Beistand, dessen Ausmaß nicht allein durch juristische

Texte vorgegeben wird, vielmehr auch durch die bereits entstandenen Beziehungen und den damit verbundenen Gefahren und Vorteilen. Bei einer Einheit, in der es permanente und nutzbringende Wechselwirkungen unter ihren Mitgliedern gibt, liegt es im Interesse sowohl des Stärkeren als auch des Schwächeren, sie aufrecht zu erhalten und zu intensivieren.

Als die WWU gegründet wurde, waren viele Beobachter in Großbritannien und den USA davon überzeugt, dass dieses Unterfangen nur scheitern könne. Sie behaupteten, einer Währungsunion müsse unbedingt eine politische Integration vorausgehen, ein politisches Zentrum also existieren, dem es auch obliegen würde, die notwendigen Entscheidungen zu treffen. Ganz in diesem Sinne betonten sie während der Krise, dass Europa auf Schwierigkeiten stößt, weil die politischen Eliten den europäischen Kontinent gezwungen haben, eine einheitliche Währung einzuführen, obwohl er dafür noch nicht bereit war. Sie bezeichneten die WWU als "Eurosalat".

Die bisherigen Erfahrungen haben allenfalls teilweise diese Prognosen bestätigt. Die WWU hat sich in den ersten Jahren auf sämtliche Mitgliedsländer positiv ausgewirkt. Dank hoher Wachstumsraten und reduzierter Kreditkosten haben sich die Staaten der Peripherie den entwickelten Staaten annähern können. Die Krise, des Jahres 2007, zeigte freilich, wie fragil diese Entwicklung war. Sie stützte sich auf politische Vorstellungen, die dem freien Markt und dem automatischen Ausgleich der sich jeweils ergebenden Diskrepanzen vorrangige Bedeutung verliehen. Die Politik war deshalb nicht auf die Bekämpfung negativer Phänomene, etwa der Ausweitung der Defizite oder dem Rückgang der Wettbewerbsfähigkeit, vorbereitet.

Erst Ende 2009 gelangte man in der Eurozone zum Erkenntnis, dass eine unterschiedliche Wettbewerbsfähigkeit die Überschuldung der Staaten der Peripherie sowie die Verunsicherung der Märkte zu bewirken vermag. Es hat ungefähr fünf Monate gedauert, bis die Europäische Union im Frühjahr 2010 einen Rettungsplan für Griechenland erarbeitete und die vorläufige Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) gegründet ebenso wie mit der Möglichkeit ausgestattet wurde, 440 Milliarden zur Stützung der Mitgliedsstaaten zu verwenden. Griechenland erhielt einen Kredit von 110 Milliarden und wurde unter der Aufsicht der Troika (Europäische Kommission, Europäische Zentralbank sowie Internationaler Währungsfond) gestellt.

Diese Entwicklung war, gemessen an einer Vergangenheit, in der Zweifel und Unschlüssigkeit vorherrschten, ein, trotz aller Verzögerungen, entscheidender Schritt in eine neue Richtung. Die EU-Vertragsklausel, wonach die Euro-Teilnehmerländer nicht für Verbindlichkeiten eines anderen Teilnehmerlandes aufkommen müssen, wenn dieses seinen Verpflichtungen nicht entspricht, wurde durch die Ereignisse überrollt. Man hat, trotz der deutlich negativen Reaktion der öffentlichen Meinung in vielen Staaten, eingesehen, dass das Schicksal eines Mitgliedsstaates das der anderen beeinflussen kann und gerade deshalb eine ständige Koordinierung sowie gemeinsames Handeln unbedingt erforderlich seien.

Die zwischen der WWU und Griechenland getroffene Vereinbarung zur Politik, die Griechenland befolgen muss, um die Gesamtheit der Raten des vereinbarten Kredits ausgezahlt zu bekommen, auch bekannt als „Memorandum“, wurde ohne ausreichende Vorbereitung konzipiert und auf eine die Krise im Land noch verschärfende Weise angewandt. Die

getroffene Absprache bestimmte, dass Griechenland innerhalb von nur drei Jahren, d.h. bis 2013, eine Haushaltssituation wiederherzustellen hat, die den Vorgaben des EU-Vertrags entspricht. Diese Bedingungen implizierten Ausgabenkürzungen, die weit über dem lagen, was Staaten erzielen können, die weitaus bessere wirtschaftlichen Voraussetzungen für einen Konjunkturaufschwung mitbringen als Griechenland. Sie waren so gesehen schlicht unrealistisch.

Das Ergebnis war, dass Griechenland einerseits einen Defizitabbau von insgesamt circa 6% des BIP für die Jahre 2010 und 2011 erzielte, andererseits jedoch eine in diesem Ausmaß nie dagewesene Rezession erlebt. Nach dem „Memorandum“ müsste man in Griechenland mit einem wirtschaftlichen Rückgang von ungefähr 8,6% des BIP in den Jahren 2009-2012 rechnen. Die Rezession reicht viel weiter. Sie wird bis Ende 2012 wahrscheinlich um die 23% ausmachen und in den nächsten zwei Jahren die 30% erreichen. Die optimistischen Prognosen des „Memorandums“ haben sich mithin als völlig falsch herausgestellt. Rezession und wachsende Unsicherheit haben schließlich jegliche Investitionspläne zunichte gemacht.

Da die anfänglichen Berechnungen der Troika sich als unzutreffend erwiesen und der Lauf der Ereignisse genau dieses bestätigte, verlor die angewandte Politik ihre Glaubhaftigkeit. Sie wurde dennoch weiter verfolgt. Vor jeder Auszahlung einer Kreditrate fanden erneut Verhandlungen statt, um trotzdem mit Hilfe neuer Maßnahmen die irrealen Zielen dem Zeitplan entsprechend zu erreichen. Gerade diese permanente Neufestlegung der Politik sowie das ständige Hinzufügen von immer mehr Steuern und Belastungen haben der griechischen Bevölkerung den Eindruck vermittelt, dass die Reduzierung der

Einkommen kein Ende nehmen wird, und dass sowohl die Troika als auch die griechische Regierung einen ausweglosen Kurs eingeschlagen haben, ohne sich für seine Konsequenzen zu interessieren. Der Protest verschärfte sich und nahm schließlich noch nie dagewesene Ausmaße an. Mehr noch: die Meinung, dass Griechenland aus der Eurozone austreten soll, gewinnt zunehmend an Boden, obgleich bislang kaum jemand die Zweckmäßigkeit der Beteiligung an der WWU in Frage gestellt hatte. Die Opposition bekommt schließlich mit der Behauptung, dass sie alle bisherigen Vereinbarungen neu verhandeln wird, immer mehr Zustimmung. Die Linke ist von ihrer früheren vierten Stelle mit ungefähr 5% der Stimmen jetzt stärkste Oppositionspartei mit 26% der Stimmen.

Die Vertreter der Troika haben zu Recht mehrmals betont, dass manche der im „Memorandum“ vorgesehenen Maßnahmen, von der griechischen Regierung nicht umgesetzt wurden, oder noch immer ausstehen. Beträchtliche Verspätungen hat es in der Tat gegeben. So wurde etwa vereinbart, dass Privatisierungen in Höhe von 50 Milliarden stattfinden sollen, bisher jedoch sind Vermögenswerte nur in Höhe von ca. einer Milliarde verkauft. Die versprochene drastische Verringerung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst ist ebenso ausgeblieben. Die Inkonsequenz der griechischen Regierung ist allerdings nicht einzig und allein auf ihre Unwilligkeit zurückzuführen, sich mit den Gewerkschaften und überhaupt mit korporativen Interessen auseinander zu setzen. Der Staatsapparat ist vielmehr nicht fähig, manche Aufgaben erfolgreich wahrzunehmen. Die öffentliche Meinung spricht sich zudem wegen der nachhaltigen Einkommensreduzierung gegen nahezu jede Modifikation des status quo aus. Strukturänderungen lassen sich freilich nicht übergehen. Der Rang der Prioritäten bei der Abfassung des

Memorandums hätte deshalb den Strukturänderungen und nicht den Sparmaßnahmen die bei weitem vorherrschende Bedeutung geben müssen.

Unterschiedliche Niveaus der Wettbewerbsfähigkeit, der administrativen Organisation oder der Bildung werden weder durch haushaltspolitische Disziplin noch mit der Vergabe von Geldern zum Schuldenabbau oder der Gewährleistung von Bürgschaften sowie der Rekapitalisierung von Banken aufgehoben. Ihre Überwindung erfordert eine Wirtschaftspolitik, die sich ebenso ausdrücklich wie konsequent auf den gesamten europäischen Raum bezieht, Lösungen also anstrebt, die nicht nur die Probleme einzelner Staaten ansprechen, sondern die Europäische Union insgesamt. Die gemeinsame Währung sollte deshalb keineswegs lediglich als Mittel angesehen werden, den gemeinsamen Markt zu realisieren, vielmehr auch und vor allem als Möglichkeit, dem europäischen Projekt Sinn und Chancen zu geben, mithin Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Fortschritt durchweg in der Union fördern. Die Hauptakteure der Eurozone sind jedoch zu einer solchen Politik bisher nicht bereit. Sie würde eine viel engere Zusammenarbeit erfordern, wozu sich die führenden Länder nach wie vor nicht entschlossen haben.

Die in der Eurozone benötigte „wirtschaftliche Governance“ oder „Steuerung“ darf kein Flickwerk aus verschiedenen, auf jedes neu auftauchende Problem bezogenen Maßnahmen sein. Sie setzt sowohl den politischen Willen für eine neue Struktur, welche die gegenwärtig existierenden Formen ergänzt oder sogar abändert, voraus, als auch einen ebenso langfristigen wie umfassenden Ansatz für die anzuwendende Politik. Das heutige System der Ausarbeitung und Umsetzung von Politik orientiert sich dagegen an kurzfristigen, an den

gerade auftauchenden Problemen gerichteten Reflexionen und Entscheidungen. Es stützt sich auf schwerfällige Organe und ist auch deshalb ungeeignet, weil es bei ebenso zentralen wie wichtigen Stellungnahmen eine einstimmige Reaktion der Mitgliedsstaaten voraussetzt.

Ein eklatantes Beispiel ist das griechische Problem. Mit ihm haben sich der Europäische Rat, der Ecofin-Rat und die Eurogruppe seit Oktober 2010 in ca. 45 Sitzungen befasst. Ein befriedigendes Ergebnis hat es nicht gegeben. Der Schuldenberg wuchs zunehmend. Ein erster Schuldenschnitt war im Prinzip vom Europäischen Rat am 21 Juli 2011 beschlossen worden. Es hat jedoch bis März 2012 gedauert, bis er umgesetzt wurde. Man hatte damals gehofft, dass dies die endgültige Lösung sein würde. Kurz danach forderte der Internationale Währungsfonds einen weiteren Schnitt und verlangte zugleich einen ausdrücklichen Verzicht der öffentlichen Gläubiger auf ihre Forderungen. Sowohl die Bundesrepublik als auch andere Staaten wehren sich dagegen. So verwundert es nicht, dass die Eurogruppe ebenso wie der IMF im November 2012 erst nach langwierigen Verhandlungen und zwei Sitzungen, die insgesamt über 20 Stunden dauerten, die Auszahlung der fälligen Kreditraten an Griechenland in Höhe von 43,7 Milliarden genehmigte. Die Einzelheiten werden in weiteren Sitzungen geklärt. Über die Schuldenfähigkeit Griechenlands herrscht allerdings noch immer Unsicherheit.

Die Taktik, schrittweise über Konsolidierungsmaßnahmen in jedem einzelnen Land zu entscheiden, hat zur Folge, dass der Erfolg, trotz ständiger Bemühungen, letztlich ausbleibt. Unter diesen Umständen hätte man von Anfang an die Krise im europäischen Süden als Teil eines

viel umfassenderen Problems sehen und für letzteres eine dauerhafte Lösung anstreben müssen.

Diese Überlegungen führen zu zwei Fragen. Die erste betrifft den Inhalt der gemeinsamen Politik die nunmehr angestrebt werden soll. Die zweite bezieht sich auf notwendige Änderungen der "wirtschaftlichen Governance", um diese erweiterte Politik realisieren zu können.

Die Erwartung, Diskrepanzen in den Wachstumsniveaus der Mitgliedstaaten allein mit Hilfe des Marktautomatismus zu überwinden, führte nicht zu den angestrebten Ergebnissen. Europa befand sich, so die allgemeine Feststellung, seit 2000 im Zustand der Lethargie. Es war nicht in der Lage, die Wachstumsraten zu erzielen, die sowohl dem Norden als auch dem Süden Beschäftigung und Wohlstand gewährleisten würden.

1993 vertrat die Europäische Kommission die Auffassung, dass Wachstumsprogramme, von Verkehrs- bis hin zu Energienetzen für die europäische Infrastruktur notwendig seien, um die Wirtschaftstätigkeit sowohl im Kern der Union wie auch an ihrer Peripherie zu stärken. Die Frage der Finanzierung könnte, so meinte man, auf verschiedene Weisen gelöst werden, entweder durch die Besteuerung von Finanztransfers oder durch die Ausgabe von Euro-Anleihen.

Diese Ansicht wurde bisher weder von der Europäischen Kommission noch von einer Reihe von Mitgliedstaaten geteilt. Beide waren der Auffassung, dass jedes Land für sich auf der Basis der Gegebenheiten des Marktes darüber entscheiden müsse, welche Wachstumsmaßnahmen erforderlich seien. Die Europäische

Kommission lehnte darüber hinaus Projekte zur Finanzierung von Forschung und technologischem Fortschritt, die Forschungstätigkeiten in mehreren Ländern vorsahen und gemeinsame Koordinierung voraussetzten ebenfalls ab. Erst im Juni dieses Jahres hat der Ecofinrat beschlossen, die Finanzierung mit Projekt-Bonds gemeinsamer Infrastrukturprogramme zu überprüfen.

Ein dritter Weg, um die unterschiedlichen Wachstumsniveaus zu überwinden, wäre die Stärkung der Nachfrage in den Märkten von Nordeuropa, um so die Exporte des Südens zu steigern. Eine solche Vorgehensweise würde zu einem leichten Anstieg der Inflation im Norden auf eventuell 3% führen, eine Auswirkung, die einer anhaltenden Rezession im Süden vorzuziehen ist.

Die Europäische Zentralbank und die nordeuropäischen Staaten haben starke Einwände gegen einer Nachfragesteigerung im Norden über den Weg der Inflation. Sie sind der Ansicht, dass eine solche Lösung einem Verstoß gegen die Verträge gleichkommt. Die Gründungsvereinbarung der EZB lege fest, dass die EZB die Inflation unter 2% halten solle. Selbst die geringste Ausnahme könnte zu unkontrollierbaren Folgen führen.

Einen völlig anderen Ansatz zur Überwindung der unterschiedlichen Wachstumsniveaus stellte Martin Wolf, der wohl renommierteste Kommentator der Financial Times, vor. Er schlägt die Koordination zweier Aktionen vor. Mit der ersten müsse unter den Mitgliedsstaaten ein übernationales Versicherungssystem ("insurance union") geschaffen werden. Die dafür erforderlichen Mittel sollten mit Prämien der Mitgliedstaaten aufgebracht werden. Die für die Verwaltung des Systems

zuständige Organisation würde jene Staaten gezielt unterstützen, die einen schweren wirtschaftlichen Rückgang wegen der Krise erleben, vorausgesetzt sie erfüllten gewisse Vorgaben. Eine Hilfe wäre damit in Fällen wie Griechenland schnell gesichert. Die zweite Aktion hätte den Zweck, Bedingungen in den Mitgliedstaaten zu gewährleisten, welche die Wahrscheinlichkeit von Krisen einschränken und deren Auswirkungen kontrollieren. Jedes Land der Eurozone würde sich je nach der wirtschaftlichen Entwicklung verpflichten, entweder Maßnahmen zur Stabilisierung zu ergreifen - z.B. die Staatsausgaben einzuschränken - oder die Nachfrage und somit die Exporte aus den Ländern, die von der Krise betroffen sind, zu steigern. Die Kombination dieser beiden Maßnahmen würde die nachhaltigste Kontrolle der Rezession in gefährdeten Ländern gewährleisten.

Der EU-Gipfel vom 29. Juni hat vor dem Hintergrund der Bemühungen des französischen Präsidenten entschieden, „circa 120 Milliarden Euro als sofortige Wachstumsmaßnahmen zu mobilisieren“. Von dieser Summe werden jedoch nur 10 Milliarden neue Mittel sein. Dies war ein vorsichtiger Schritt zur Ergänzung der bisherigen Politik, jedoch keine beeindruckende Wende. Die Kommentare der Presse waren negativ. Sie fand, dass es sich um viel Lärm um nichts handelte. *In einer Studie der Friedrich Ebert Stiftung wird das Wachstumspaket zu Recht als eine ~~Maßnahme~~ ^{Maßnahme} angesehen*
Nun aber zur zweiten, auf die neue Struktur bezogenen Frage. Von den vielen bisher vorgelegten Vorschlägen möchte ich zwei erwähnen.

Jean-Claude Trichet hatte als Präsident der Europäischen Zentralbank zwei Initiativen angeregt, um ein effizienteres Funktionieren der Union zu sicherzustellen. Der Europäische Rat sollte die Möglichkeit haben, ein Veto gegen Entscheidungen der Mitgliedsstaaten einzulegen, welche die

Wirtschaftsstabilität der Eurozone gefährden. Darüber hinaus müsste ein „europäisches Finanzministerium“ eingerichtet werden, dessen Aufgabe es wäre, die wirtschaftliche Entwicklung zu beobachten, die erforderlichen Entscheidungen durchzusetzen und den Finanzsektor zu überwachen.

Die Spinelli-Gruppe, eine Vereinigung, die sich mit europäischen Fragen befasst, schlug im Oktober 2011 einen Plan vor, der eine Neuorganisation der Europäischen Kommission sowie die Ernennung eines ihrer Mitglieder zum Finanzminister der Eurozone vorsieht. Der Minister soll der Eurogruppe und einer für die wirtschaftliche Governance zuständigen Gruppe von Kommissaren vorstehen. Die gegenwärtige Praxis, wonach Probleme, hauptsächlich durch die Eurogruppe in entsprechenden Konferenzen aufgegriffen und auf der Grundlage des Prinzips der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit behandelt werden, ist nach Ansicht der Spinelli-Gruppe die Quelle der Unentschlossenheit sowie der üblichen Verzögerungen. Sollte es gelingen, alle Bereiche der wirtschaftlichen Governance durch ein einheitliches Zentrum im Rahmen der Europäischen Kommission zu bearbeiten, ließen sich die nötige Reaktionsgeschwindigkeit ebenso wie die nicht minder wichtige Kontinuität erzielen.

Der Vorschlag der Spinelli-Gruppe hebt zu Recht die Notwendigkeit einer einheitlichen Führung hervor. Eine modifizierte Rolle der Kommission hängt allerdings von der Bereitschaft der führenden Unionsstaaten ab, ihre Mentalität zu ändern. Für sie ist die Kommission ein Exekutivorgan der jeweils von ihnen getroffenen Entscheidungen. Die Rolle der Kommission wird also gezielt heruntergespielt und ihre Beteiligung an der Gestaltung der EU-Politik bewusst eingeschränkt.





In einer von der Friedrich Ebert Stiftung vorgelegten Studie über die "Eurokrise, die Austeritätspolitik und das Europäische Sozialmodell" wird ein Alternativprogramm vorgeschlagen dessen wichtigste Elemente folgende sind:

- eine europäische Strategie für qualitatives Wachstum und den Abbau der Arbeitslosigkeit
- ein gemeinsames europäisches Schuldenmanagement
- eine europaweite Koordinierung der Lohn-, Sozial und Steuerpolitiken und
- eine supranationale Europäische Wirtschaftsregierung.

Diese Politik wäre Aufgaben einer demokratisch gewählten supranationalen Wirtschaftsregierung in der Eurozone. Dies wäre der letzte Schritt einer Generalrevision der Unzulänglichkeiten der bisherigen Verträge der Europäischen Union. Im Europäischen Parlament wäre im vollen Umfange das Demokratieprinzip zu verwirklichen. Dieses Parlament hätte eine Regierung zu wählen, die als Organ die jetzige Kommission ersetzen würde.

Es ist zwingend erforderlich, dass diese Wirtschaftsregierung auch die Kompetenz hätte, die Richtung der Haushaltspolitik der Mitgliedstaaten zu bestimmen, denn nur so könnte eine konsistente europäische Fiskalpolitik durchgeführt werden, die in Kooperation mit der EZB für die makroökonomische Stabilisierung der Union / der Eurozone Sorge tragen würde. Nur so ist auch die Vergemeinschaftung der Schuldenpolitik in Form der Eurobonds zu verantworten.

Dieses Programm sieht zu Recht eine tiefgreifende Änderung der EU-Verträge vor, es will nach seinen eigenen Worten eine „Fundamentalerneuerung“ erreichen. Es ist jedoch fraglich ob es möglich ist eine solche Umwälzung schon heute in Gange zu setzen. Ein solches fordert dass man im voraus eine Übereinstimmung über alle zukünftigen Schritte die anzustreben sind erreicht. Es gibt jedoch zu viele verschiedene Ansichten und Interessen die an einer solchen weitgehenden Reform nicht mitarbeiten werden. Vor allem in der Bundesrepublik fürchtet man, daß die politische wirtschaftliche Union zur Übernahme der Schulden der Peripherie ausarten wird. Ein Vorgehen, das sich vorerst auf die Schritte konzentriert, die sich bisher als notwendig ergeben haben und eine weite Zustimmung finden, ist realistischer. Im Augenblick geht es darum wieder wirtschaftliche Verhältnisse zu schaffen die die Mitarbeit der Bevölkerung an der Neustrukturierung sichern. Die erste Priorität is es daher ein gut funktionierendes Finanzsystem wiederherzustellen, so dass die Voraussetzungen für Wachstum und Produktivität gesichert werden. Das gesamte Bankensystem sollte mittels der Rekapitalisierung der Banken und der Errichtung einer Bankenunion saniert werden. Weiterhin soll die Finanzierung von Investitionen mit Hilfe der europäischen Strukturfonds und der europäische Investitionsbank gefördert werden. Vor allem muß die Eurozone für den Süden Mittel für Wachstumsinitiativen in größerem Umfang und schneller zu Verfügung stellen sowie technische Hilfe, wenn möglich, leisten. Um die Unterschiede zwischen Norden und Süden zu überwinden müsste die Zentralbank vorerst dafür sorgen, daß die Inflation nicht unter der 2% Höchstgrenze liegt und daß im Norden, soweit die

Preisstabilität im europäischen Raum nicht gefährdet ist, nicht Maßnahmen ergriffen werden die die Nachfrage beschränken.

Die Eurozone sollte auch eine Politik verfolgen, um die Forschung und die Innovationen konsequent zu fördern. Schließlich sollte die ausgesetzte Diskussion über eine effiziente Wirtschaftsregierung im Herbst wieder aufgegriffen werden. Nach den Wahlen in der Bundesrepublik wird die Pause, die man Anfang des Jahres stillschweigend vereinbart hatte, nicht mehr akzeptabel sein. Eine Lösung des Problems der Wirtschaftsregierung würde die Voraussetzungen schaffen, damit man sich mit den anderen Fragen einer politischen Union erfolgreich befassen kann. Zum Vorschlag im vollen Umfange das Demokratie Prinzip zu verwirklichen, möchte ich hinzufügen, daß eine demokratische Legitimation der Kommission oder einer europäischen Regierung absolut notwendig ist. Wenn man die Legitimationsfrage und alle Probleme, die mit der fälligen Umstellung vom Elitemodus des bisherigen Einigungsprozesses auf die Einbeziehung der Bevölkerung verbunden sind, ausblendet, ignoriert man das größte Hindernis das beseitigt werden muß, um aus der jetzigen Sackgasse herauszukommen. Man wird eine Zustimmung zur Erneuerung nicht gewinnen Können.

Der Ausweg aus der Krise soll mithin zu einer „Flucht nach vorn“ führen, also den Weg für eine „wirtschaftliche Governance“ und eine politischen Integration ebnen. Genau dieses Ziel muss ebenso konsequent wie nachdrücklich verfolgt werden. Die griechischen Probleme waren so gesehen kein bloßes Missgeschick der Europäischen Union. Sie brachten die Schwächen der bisherigen wirtschaftlichen Steuerung ans Licht und unterstrichen eindringlich die Notwendigkeit einer Neubestimmung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit.

Konstantin Simitis

Eine Gesamtlösung ist notwendig

Die Defizite Griechenlands sind keineswegs der ausschließliche Grund für die heutige Krise der Eurozone, wie so oft, wider besseres Wissen, betont wird. Die Schulden entstanden eben nicht allein durch maßlose Verschwendung. Hierfür gibt es durchaus auch andere Gründe, wie allein schon das Beispiel Spaniens illustriert. Spanien durchläuft heute auch eine Krise, obwohl es keine Defizite oberhalb der 3%-Grenze des BIP aufwies und eine staatliche Verschuldung hatte, die 2006 lediglich 31% des BIP ausmachte. Auslöser der Krise waren die unbedachte Entwicklung der Bautätigkeit, der Zusammenbruch der Immobilienpreise, das Unvermögen der Banken die gewährten Kredite einzutreiben, sowie die letztendlich unvermeidliche Intervention des Staates zur Rettung der Banken und zur Eindämmung der Krisenfolgen.

Die Diskrepanz des Wachstumsniveaus zwischen dem Norden und dem Süden, die geringere Wettbewerbsfähigkeit der Staaten der Peripherie der Union und die großen Defizite ihrer Außenhandelsbilanzen sind weitaus ernstere Gründe für die zunehmenden Schulden der Staaten des Südens als die administrative Unfähigkeit ihrer Regierenden. Zwischen 2000 und 2007 war das durchschnittliche Jahresdefizit der Handelsbilanz Griechenlands 8,4% des BIP und das entsprechende Defizit Portugals 9,4%, während der Überschuss Deutschlands bei 3,2% und Hollands bei 5,4% lag. Um dieses Defizit decken zu können,

sind die Staaten der Peripherie gezwungen, immer mehr Kredite aufzunehmen. Der Anstieg ihrer Staatsschulden ist der Preis dafür.

Entscheidend hat dazu der einheitliche Zins, der in der Union wegen der gemeinsamen Währung eingeführt wurde, beigetragen. Der Zins, der früher in Griechenland vor der Währungsunion um die 15-20% betrug, sank auf 5%. Die Nachfrage nach Darlehen stieg steil an. Die Banken aller Unionsländer beteiligten sich am Geschäft, ohne zu beachten dass sie die Sicherheitsgrenze bei weitem überschritten. Eine europäische Aufsichtsbehörde, die eingreifen konnte, gabe es nicht, obwohl es eine gemeinsame Währung und eine gemeinsame Zentralbank gab. Erst 2012 sah man ein, dass es eine Aufsichtsbehörde für die Banken des gesamten Raums der Eurozone geben müsse.

Die Entwicklung war von den Begründern der WWU nicht vorhergesehen worden. Sie glaubten, der freie Kapitalverkehr sowie der Binnenmarkt garantierten, dank der niedrigeren Arbeitskosten der Staaten der Peripherie, Investitionen und könnten somit das Gefälle zu den entwickelten Staaten progressiv verringern. Sie übersahen aber dabei, dass sich der Konvergenzprozess nicht innerhalb weniger Jahre abschließen lässt. Auch meinten sie, dass die Überschreitung einer tolerablen Defizitgrenze der Zahlungsbilanz der Peripherie-Länder dazu führen würde, die Finanzierung der Importe durch die Banken ~~auszusetzen, Unternehmen zu schließen und die Nachfrage für importierte Produkte~~ empfindlich einzuschränken. Unter dem Druck der rückläufigen Wirtschaftsaktivität würde so das Defizit

abnehmen und es zu einem zunehmenden Gleichgewicht bei den internationalen Transaktionen kommen.

Genau diese Annahme hat sich freilich als unzutreffend erwiesen. Die Banken setzten ihre Finanzierung auch nach einer Überschreitung der vagen Sicherheitsgrenze fort. Als sie sich von anderen Kreditinstituten nicht mehr Geld leihen konnten, sahen sich die konkret involvierten Staaten gezwungen, die jeweils betroffenen Banken durch eigene Kreditaufnahmen zu stützen. Das Ergebnis war ein enorm hoher Schuldenberg. Nötig, ja unausweichlich ist also eine neue Art des Umgangs mit dem Gefälle zwischen dem entwickelten Kern der Eurozone und ihrer weniger entwickelten Peripherie. Ansonsten wird es auch in Zukunft immer wieder zu Krisen kommen.

Die geringe Leistungsfähigkeit der staatlichen Verwaltungen waren Anlass für die Behauptung, dass Griechenland, ebenso wie andere Staaten der Peripherie der WWU nicht hätten beitreten dürfen. Die WWU ist jedoch kein Club hochentwickelter Staaten. Vielmehr ist sie eine Entwicklungsstufe der Union zur Förderung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit ihrer Mitglieder. Sie soll dazu verhelfen, Beziehungen aufzubauen, die gemeinsame Wachstumsbemühungen stärken, die schrittweise Konvergenz der Wirtschaften fördern und eine bessere Nutzung der Chancen erlauben, welche durch die Abschaffung der Grenzen und die gemeinsamen Ziele geboten werden. Sie ist mit anderen Worten der gemeinsame Fortschrittsplan. Konsequenterweise muss sie in ihrer Ausgestaltung sowohl die Stärkeren mit all ihren Möglichkeiten, wie auch die Schwächeren mit ihren

Unzulänglichkeiten einbeziehen können. Ein ebenso konkreter wie genauer Plan ist deshalb dringend erforderlich, der die Ungleichgewichte berücksichtigt sowie die Tatsache bewertet, dass die entwickelten Staaten nicht nur belastet werden, sondern dank ihrer Finanzdienstleistungen und ihrer Exporte durchaus erhebliche Gewinne erzielen.

Das politische, wirtschaftliche und soziale Netzwerk, das durch den bis zum heutigen Zeitpunkt gemeinsamen Kurs entstanden ist, stellt eine enorme Investition an Ideen, Kapital und Arbeit dar, die keiner der Mitgliedsstaaten ignorieren kann, ohne einen beträchtlichen Preis dafür zu zahlen. Die Auswirkungen einer Spaltung der WWU lassen sich nicht berechnen. Sie würden auch für die äußerst negativ ausfallen, die womöglich meinen, die WWU diene nicht vollständig ihren wirtschaftlichen Interessen. Kurzum, alle Staaten würden um ein Vielfaches herabgestuft werden und zwar sowohl im Hinblick auf ihre politische Resonanz als auch im Hinblick auf ihre wirtschaftlichen Möglichkeiten.

Solidarität ist ein Begriff, der gewissen Ländern der Union nicht genehm ist. Sie verbinden mit ihm eine Interpretation, die sich ganz auf die Notwendigkeit konzentriert, jene Länder zu unterstützen, die ihre Verpflichtungen nicht einhalten. Doch die Realität zwingt zu einem gegenseitigen Beistand, dessen Ausmaß nicht allein durch juristische Texte vorgegeben wird, vielmehr auch durch die bereits entstandene Beziehungen und den damit verbundenen Gefahren und Vorteilen. Bei einer Einheit, in der es permanente und nutzbringende Wechselwirkungen unter ihren

Mitgliedern gibt, ist es im Interesse sowohl des Stärkeren als auch des Schwächeren, sie aufrecht zu erhalten und zu intensivieren.

Als die WWU gegründet wurde, waren viele Beobachter in Großbritannien und den USA davon überzeugt, dass dieses Unterfangen nur scheitern könne. Sie behaupteten, einer Währungsunion müsse unbedingt eine politische Integration vorausgehen, ein politisches Zentrum also existieren, dem es auch obliegen würde, die notwendigen Entscheidungen zu treffen. Ohne eine solche politische Führung würde die Union unweigerlich in einer Sackgasse landen. Ganz in diesem Sinne betonten sie während der Krise, dass Europa auf Schwierigkeiten stößt, weil die politischen Eliten den europäischen Kontinent gezwungen haben, eine einheitliche Währung einzuführen, obwohl er dafür noch nicht bereit war. Sie bezeichneten die WWU als "Eurosalat".

Die bisherigen Erfahrungen haben nur teilweise diese Prognosen bestätigt. Die WWU hat sich in den ersten Jahren auf alle ihre Mitgliedsländer positiv ausgewirkt. Dank hoher Wachstumsraten und reduzierter Kreditkosten haben sich die Staaten der Peripherie den entwickelten Staaten annähern können. Die Krise, des Jahres 2007, zeigte freilich, wie fragil diese Entwicklung war. Sie stützte sich eben nicht auf einem konkreten, von allen Mitgliedern akzeptierten Plan, sondern auf politische Vorstellungen, die dem freien Markt und dem automatischen Ausgleich der sich jeweils ergebenden Diskrepanzen vorrangige Bedeutung verliehen. Die Politik war deshalb nicht auf die Bekämpfung negativer Phänomene, etwa der Ausweitung der Defizite oder dem Rückgang der Wettbewerbsfähigkeit, vorbereitet.

Erst Ende 2009 gelangte man in der Eurozone zu der Erkenntnis, dass eine unterschiedliche Wettbewerbsfähigkeit die Überschuldung der Staaten der Peripherie sowie die Verunsicherung der Märkte zu bewirken vermag. Es hat ungefähr fünf Monate gedauert, bis die Europäische Union im Frühjahr 2010 einen Rettungsplan für Griechenland erarbeitete und die vorläufige Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) gegründet und mit der Möglichkeit ausgestattet wurde, 440 Milliarden zur Stützung der Mitgliedsstaaten zu verwenden. Griechenland erhielt einen Kredit von 110 Milliarden und wurde unter der Aufsicht der Troika (Europäische Kommission, Europäische Zentralbank sowie Internationaler Währungsfond) gestellt.

Diese Entwicklung war, gemessen an einer Vergangenheit, in der Zweifel und Unschlüssigkeit vorherrschten, ein, trotz aller Verzögerungen, entscheidender Schritt in einer neuen Richtung. Die EU-Vertragsklausel, wonach die Euro-Teilnehmerländer nicht für Verbindlichkeiten eines anderen Teilnehmerlandes aufkommen müssen, wenn dieses seinen Verpflichtungen nicht entspricht, wurde durch die Ereignisse überrollt. Man hat, trotz der deutlich negativen Reaktion der öffentlichen Meinung in vielen Staaten, eingesehen, dass das Schicksal eines Mitgliedsstaates das der anderen beeinflussen kann und gerade deshalb eine ständige Koordinierung sowie gemeinsames Handeln unbedingt erforderlich seien.

Die zwischen der WWU und Griechenland getroffene Vereinbarung zur Politik, die Griechenland befolgen muss, um die Gesamtheit der Raten des vereinbarten Kredits ausgezahlt zu

bekommen, auch bekannt als „Memorandum“, wurde ohne ausreichende Vorbereitung konzipiert und auf eine die Krise im Land noch verschärfende Weise angewandt. Die getroffene Absprache bestimmte, dass Griechenland innerhalb von nur drei Jahren, d.h. bis 2013, eine Haushaltssituation wiederherzustellen hat, die den Vorgaben des EU-Vertrags entspricht. Diese Bedingungen implizierten Ausgabenkürzungen, die weit über dem lagen, was Staaten erzielen können, die weitaus bessere wirtschaftlichen Voraussetzungen für einen Konjunkturaufschwung mitbringen als Griechenland. Sie waren so gesehen schlicht unrealistisch.

Das Ergebnis war, dass Griechenland einerseits einen Defizitabbau von insgesamt circa 6% des BIP für die Jahre 2010 und 2011 erzielte, andererseits jedoch eine in diesem Ausmaß nie dagewesene Rezession erlebt. Nach dem „Memorandum“ müsste man in Griechenland mit einem wirtschaftlichen Rückgang von ungefähr 8,6% des BIP in den Jahren 2009-2012 rechnen. Die Rezession reicht viel weiter. Sie wird bis Ende 2012 wahrscheinlich um die 23% ausmachen und in den nächsten zwei Jahren die 30% erreichen. Die optimistischen Prognosen des „Memorandums“ haben sich als völlig falsch erwiesen. Rezession und wachsende Unsicherheit haben schließlich jegliche Investitionspläne zunichte gemacht.

Da die anfänglichen Berechnungen der Troika sich als unzutreffend erwiesen und der Lauf der Ereignisse genau dieses bestätigte, verlor die angewandte Politik zwar ihre Glaubhaftigkeit, wurde aber dennoch weiter verfolgt. Vor jeder Auszahlung einer

Kreditrate fanden erneut Verhandlungen statt, um trotzdem mit Hilfe neuer Maßnahmen die irrealen Zielen dem Zeitplan entsprechend zu erreichen. Gerade diese permanente Neufestlegung der Politik sowie das ständige Hinzufügen von immer mehr Steuern und Belastungen haben der griechischen Bevölkerung den Eindruck vermittelt, dass die Reduzierung der Einkommen kein Ende nehmen wird, und dass sowohl die Troika als auch die griechische Regierung einen ausweglosen Kurs eingeschlagen haben, ohne sich für seine Konsequenzen zu interessieren. Der Protest verschärfte sich und nahm schließlich noch nie dagewesene Ausmaße an. Mehr noch: die Meinung, dass Griechenland aus der Eurozone austreten soll, gewinnt immer mehr an Boden, obgleich bislang kaum jemand die Zweckmäßigkeit der Beteiligung an der WWU in Frage gestellt hatte. Die Opposition gewinnt schließlich mit der Behauptung, dass sie alle bisherigen Vereinbarungen neu verhandeln wird, immer mehr Zustimmung. Die Linke ist von vierter Stelle mit ungefähr 5% der Stimmen jetzt die stärkste Oppositionspartei mit 26% der Stimmen.

Die Vertreter der Troika haben zu Recht mehrmals betont, dass manche der im „Memorandum“ vorgesehen Maßnahmen, von der griechischen Regierung nicht umgesetzt wurden, oder noch immer ausstehen. Beträchtliche Verspätungen hat es in der Tat gegeben. So wurde etwa vereinbart, dass Privatisierungen in Höhe von 50 Milliarden stattfinden sollen bisher jedoch sind Vermögenswerte nur in Höhe von ca. Milliarde verkauft. Die versprochene drastische Verringerung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst ist ebenso ausgeblieben. Die Inkonsequenz der griechischen

Regierung ist allerdings nicht einzig und allein auf ihre Unwilligkeit zurückzuführen, sich mit den Gewerkschaften und überhaupt mit korporativen Interessen auseinander zu setzen. Der Staatsapparat ist vielmehr nicht fähig, manche Aufgaben erfolgreich wahrzunehmen. Die öffentliche Meinung spricht sich zudem wegen der nachhaltigen Einkommensreduzierung gegen nahezu jede Modifikation des status quo aus. Strukturänderungen lassen sich jedoch nicht übergehen. ~~Der Rang der Prioritäten hätte jedoch den Sparmaßnahmen nicht die bei weitem vorherrschende Bedeutung geben müssen.~~

Unterschiedlichen Niveaus der Wettbewerbsfähigkeit, der administrativen Organisation oder der Bildung werden weder durch haushaltspolitische Disziplin noch mit der Vergabe von Geldern zum Schuldenabbau oder der Gewährleistung von Bürgschaften und der Rekapitalisierung von Banken aufgehoben. Ihre Überwindung erfordert eine Wirtschaftspolitik, die sich ebenso ausdrücklich wie konsequent auf den gesamten europäischen Raum bezieht, Lösungen also anstrebt, die nicht nur die Probleme einzelner Staaten ansprechen, sondern die Europäische Union insgesamt. Die gemeinsame Währung sollte deshalb keineswegs lediglich als Mittel angesehen werden, den gemeinsamen Markt zu realisieren, vielmehr auch und vor allem als Möglichkeit dem europäischen Projekt Sinn und Chancen zu geben, mithin Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Fortschritt durchweg in der Union fördern. Die Hauptakteure der Eurozone sind jedoch zu einer solchen Politik bisher nicht bereit. Sie würde eine viel engere Zusammenarbeit erfordern, zu der sich die führenden Länder noch immer nicht entschlossen haben.

Die in der Eurozone benötigte „wirtschaftliche Governance“ oder „Steuerung“ darf kein Flickwerk aus verschiedenen, auf jedes neu auftauchende Problem bezogenen Maßnahmen sein. Sie setzt sowohl den politischen Willen für eine neue Struktur, welche die gegenwärtig existierenden Formen ergänzt oder sogar abändert, voraus, als auch einen ebenso langfristigen wie umfassenden Ansatz für die anzuwendende Politik. Das heutige System der Ausarbeitung und Umsetzung von Politik orientiert sich an kurzfristigen, an den gerade auftauchenden Problemen gerichteten Reflexionen und Entscheidungen. Es stützt sich auf schwerfällige Organe und ist auch deshalb ungeeignet, weil es bei ebenso zentralen wie wichtigen Stellungnahmen eine einstimmige Reaktion der Mitgliedsstaaten voraussetzt.

Diese Überlegungen führen zu zwei Fragen. Die erste betrifft den Inhalt der gemeinsamen Politik die nunmehr angestrebt werden soll. Die zweite betrifft die notwendigen Änderungen der „wirtschaftlichen Governance“ damit sie diese erweiterte Politik realisiert.

Die Politik der Überwindung von Diskrepanzen in den Wachstumsniveaus der Mitgliedstaaten allein mit Hilfe des Marktautomatismus führte nicht zu den erwarteten Ergebnissen. Europa befand sich, so die allgemeine Feststellung, seit 2000 im Zustand der Lethargie. Es war nicht in der Lage, die Wachstumsraten zu erzielen, die sowohl dem Norden als auch dem Süden Beschäftigung und Wohlstand gewährleisten würden.

1993 vertrat die Europäische Kommission die Auffassung, dass Wachstumsprogramme für die europäische Infrastruktur notwendig seien, für die Verkehrs- bis hin zu den Energienetzen, um die Wirtschaftstätigkeit sowohl im Kern der Union wie auch an ihrer Peripherie zu stärken. Die Frage der Finanzierung könnte auf verschiedene Weisen gelöst werden, entweder durch die Besteuerung von Finanztransfers oder durch die Ausgabe von Euro-Anleihen.

Diese Meinung wurde von der Europäischen Kommission und einer Reihe von Staaten bisher nicht akzeptiert. Sie waren der Auffassung, dass jedes Land für sich auf der Basis der Gegebenheiten des Marktes darüber entscheiden müsse welche Wachstumsmaßnahmen erforderlich seien. Die Europäische Kommission lehnte darüber hinaus auch Projekte zur Finanzierung von Forschung und technologischem Fortschritt, die Forschungstätigkeiten in mehreren Ländern vorsahen und gemeinsame Koordinierung voraussetzten ab. Erst im Juni dieses Jahres hat der Ecofinrat beschlossen die Finanzierung mit Projekt-Bonds gemeinsamer Infrastrukturprogramme zu überprüfen.

Ein dritter Weg, um die unterschiedlichen Wachstumsniveaus zu überwinden, besteht in der Stärkung der Nachfrage in den Märkten von Nordeuropa, um somit die Exporte des Südens zu steigern. Eine solche Vorgehensweise würde zu einem leichten Anstieg der Inflation im Norden auf eventuell 3% führen, Diese Auswirkung ist einer anhaltenden Rezession im Süden vorzuziehen.

Die Europäische Zentralbank und die nordeuropäischen Staaten haben starke Einwände gegen einer Nachfragesteigerung im Norden über den Weg der Inflation. Sie sind der Ansicht, dass diese Lösung einem Verstoß gegen die Verträge gleichkomme. Die Gründungsvereinbarung der EZB lege fest, dass die EZB die Inflation unter 2% halten solle. Auch die geringste Ausnahme könnte zu unkontrollierbaren Folgen führen.

Einen völlig anderen Ansatz zur Überwindung des Problems der unterschiedlichen Wachstumsniveaus stellte Martin Wolf, der wohl renommierteste Kommentator der Financial Times, vor. Er schlägt die Koordination zweier Aktionen vor. Die erste wird in der Schaffung eines übernationalen Versicherungssystems ("insurance union") unter den Mitgliedstaaten bestehen. Seine Mittel werden mit Prämien, die die Mitgliedstaaten zahlen, gesammelt werden. Die für die Verwaltung des Systems zuständige Organisation wird jene Staaten gezielt unterstützen, die einen schweren wirtschaftlichen Rückgang wegen der Krise erleben, vorausgesetzt sie erfüllen gewisse Vorgaben. Damit wäre in den Fällen wie Griechenland eine Hilfe schnell zur Verfügung gestellt. Die zweite Aktion hätte den Zweck Bedingungen in den Mitgliedstaaten zu gewährleisten, die die Wahrscheinlichkeit von Krisen einschränken und ihre Auswirkungen kontrollieren. Jedes Land der Eurozone würde sich je nach der wirtschaftlichen Entwicklung verpflichten, entweder Maßnahmen zur Stabilisierung zu ergreifen - z.B. die Staatsausgaben einzuschränken - oder die Nachfrage und somit die Exporte aus den Ländern, die von der Krise betroffen sind, zu steigern. Die Kombination dieser beiden

Politiken wird die nachhaltigste Kontrolle der Rezession in gefährdeten Ländern gewährleisten.

Der EU-Gipfel vom 29. Juni hat in Folge der Bemühungen des französischen Präsidenten entschieden, „circa 120 Milliarden Euro als sofortige Wachstumsmaßnahmen zu mobilisieren“. Von dieser Summe werden nur 10 Milliarden neue Mittel sein. Sie werden für die Kapitalerhöhung der Europäischen Investitionsbank eingesetzt. Die Restmittel werden aus nicht abgerufenen Geldern aus den Strukturfonds stammen (~~55 Milliarden~~), mit ~~Projektan~~leihen für Infrastrukturmaßnahmen (~~5 Milliarden~~) und Kredite, die die Europäische Investitionsbank aufnehmen wird (~~50 Milliarden~~) gefunden werden. Dies war ein vorsichtiger Schritt zur Ergänzung der bisherigen Politik, jedoch keine beeindruckende Wende. Die Kommentare der Presse waren negativ. Sie fand, dass es sich um viel Lärm um nichts handelte.

Kommen wir jetzt zur zweiten Frage der neuen Struktur. Von den vielen bisher vorgelegten Vorschlägen werde ich zwei erwähnen.

Jean-Claude Trichet hatte als Präsident der Europäischen Zentralbank zwei Initiativen angeregt, um ein effizienteres Funktionieren der Union zu gewährleisten. Der Europäische Rat sollte die Möglichkeit haben, ein Veto gegen Entscheidungen der Mitgliedsstaaten einzulegen, welche die Wirtschaftsstabilität der Eurozone gefährden. Darüber hinaus müsste ein „europäisches Finanzministerium“ eingerichtet werden, dessen Aufgabe es wäre, die wirtschaftliche Entwicklung zu beobachten, die erforderlichen Entscheidungen durchzusetzen, den Finanzsektor zu überwachen

sowie die Eurozone bei den internationalen Organisationen zu vertreten.

Die Spinelli-Gruppe, eine Vereinigung die sich mit europäischen Fragen befasst, stellte im Oktober 2011 einen Plan vor, der eine Neuorganisation der Europäischen Kommission sowie die Ernennung eines ihrer Mitglieder zum Finanzminister der Eurozone vorsieht. Der Minister soll der Eurogruppe und einer für die wirtschaftliche Governance zuständigen Gruppe von Kommissaren vorstehen. Die aktuelle Praxis, wonach der Umgang mit Problemen hauptsächlich durch die Eurogruppe in entsprechenden Konferenzen und auf der Grundlage des Prinzips der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit erfolgt, ist nach Ansicht der Spinelli-Gruppe die Quelle der Unentschlossenheit sowie der gegenwärtig üblichen Verzögerungen. Sollte es gelingen, alle Bereiche der wirtschaftlichen Governance durch ein einheitliches Zentrum im Rahmen der Europäischen Kommission zu behandeln, könnten die nötige Reaktionsgeschwindigkeit und Kontinuität erzielt werden.

Der Vorschlag der Spinelli-Gruppe hebt zu Recht die Notwendigkeit einer einheitlichen Führung hervor. Eine modifizierte Rolle der Kommission hängt allerdings von der Bereitschaft der führenden Unionsstaaten ab, ihre Mentalität zu ändern. Für sie ist die Kommission ein Exekutivorgan der jeweils von ihnen getroffenen Entscheidungen. Die Rolle der Kommission wird also gezielt heruntergespielt und ihre Beteiligung an der Gestaltung der EU-Politik bewusst eingeschränkt.

Der Ausweg aus der Krise zu einer „Flucht nach vorn“ führen, mithin muss den Weg für eine „wirtschaftliche Governance“ und eine politischen Integration ebnen. Dieses Ziel muss sein, das ebenso konsequent wie nachdrücklich verfolgt werden muss. Die griechische Probleme waren so gesehen kein bloßes Missgeschick der Europäischen Union. Sie brachten die Schwächen der bisherigen wirtschaftlichen Steuerung ans Licht und unterstrichen eindringlich die Notwendigkeit einer Neubestimmung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit.



ΒΟΥΛΗ ΤΩΝ ΕΛΛΗΝΩΝ

ΚΩΝΣΤΑΝΤΙΝΟΣ ΣΗΜΙΤΗΣ

Πρώην Πρωθυπουργός

Αρθρο FAZ

interview
Handelsblatt

— αλώμενοι αύριο

Ακαδημίας 35, 106 72 Αθήνα
Τηλ.:
Φαξ: